

# SYMBADISCHE STIMME

Zeitung für den Landkreis Karlsruhe

Ausgabe Nr. 7

19. Mai 2021



Ein Radfernweg mitten durchs Naherholungsgebiet der Eremitage? Ein gefährlicher Erguss.

## AfD wirkt – auch mit zwei Stimmen im Gemeinderat

Unsere Arbeit im Waghäuseler Gemeinderat – oder:  
Gemäßigter konservativ heißt nicht Kuschkurs

### WAGHÄUSEL

Leider hat es das Ergebnis der Kommunalwahl nicht gut mit uns gemeint. Unechte Teilortswahl und nur fünf Kandidaten von 27 möglichen, die auch noch alle aus einem Ortsteil waren, bedeutete nur zwei Vertreter der AfD im Gemeinderat. Und das, obwohl wir sehr viele Stimmen erhalten hatten. Nun, es hat nicht zur Fraktion gereicht und somit fehlt uns die wichtige Möglichkeit, Anträge zu stellen. Sehr zum Leidwesen des Oberbürgermeisters beteiligen wir uns dennoch aktiv an der Gremienarbeit und weisen auf rechtliche Vorgaben hin.

Im Frühjahr 2020, zur Zeit des ersten Lockdowns, haben wir einen Umlaufbeschluss, der nach der Ge-

meindeordnung keiner sein konnte, angehalten und Gemeinderatssitzungen als Präsenzsitzungen eingefordert. Dem musste die Verwaltung folgen.

Brandaktuell ist das Projekt Tiefengeothermie. Die Deutsche Erdwärme möchte ein Kraftwerk unmittelbar neben Wohngebieten im Ortsteil Wiesental errichten. Eine solche Anlage benötigt starke Ventilatoren auf dem Dach, um die Wärmetauscherflüssigkeit herunterzukühlen. Derartige Lüfter erzeugen ein Dauergeräusch von über 35 dB(A) noch in rund 200 Meter Entfernung – so gemessen an der Anlage in Insheim. Dies entspricht in etwa der Entfernung zum nächstliegenden Baugebiet. Das Migrantenheim liegt noch erheblich näher an der geplanten

Anlage. Das Wohngebiet so wie das Migrantenheim befinden sich auch noch direkt in der Hautwindrichtung. Dauerhafte und gleichbleibende Geräusche können schwerwiegende Erkrankungen auslösen und das ist medizinisch bekannt.

Wir stehen Tiefenbohrungen im seismisch aktiven Rheingraben sehr kritisch gegenüber. Sollte diese Anlage gebaut und betrieben werden, müsste die hochverschuldete Stadt Waghäusel ein Wärmenetz erstellen, wofür aber überhaupt kein Geld zur

### Heute außerdem:

AfD im Landtag	S. 2
Kein Mietspiegel in Bretten	S. 3
Kreistag: „Zeozweifrei“	S. 4

Verfügung steht. Wie eine Berechnung zeigt, erbringt eine 6 MW-Anlage wie die vorgesehene nur einen Jahresertrag von rund 2.400.000 Euro. Davon gehen dreißig Prozent Wertabschöpfung an die dänischen Gesellschafter, was die Anlage unrentabel macht. Davon müssen die Bohrungen und der Bau des Werks sowie dessen Unterhalt bezahlt werden.

Das lässt die Vermutung aufkommen, dass es nicht um die Strom- beziehungsweise Wärmegewinnung geht, sondern um die Lithiumförderung, durch die ein wirtschaftlicher Betrieb gewährleistet werden soll. Der Rheingraben gilt als eine der weltweit größten Lithiumlagerstätten. Hier würden die Interessen der Anwohner nebst Wertverlusten der Immobilien hinter den wirtschaftlichen Interessen der Betreiber und der verfehlten rot-grün-schwarzen Energiepolitik hintenangestellt.

Wir lehnen es ab, mit dezentralen unwirtschaftlichen Anlagen die Energieversorgung eines hochtechnisierten Landes abdecken zu wollen. Dafür gibt es bessere leistungsstarke und verlässliche Möglichkeiten. Es muss natürlich der Wille vorhanden sein, dies auch zu nutzen.

Wir sprechen uns auch vehement für Bürgerbeteiligung durch Bürgeranhörungen aus. Das wäre besonders bei der Lärmschutzplanung wichtig gewesen. Der Oberbürgermeister versucht dies, wo er kann, zu vermeiden. Er hatte letztes Jahr mit Corona einen Vorwand, die Beteiligung in Form der Darlegung im Internet durchzuführen. Ein Planwerk von über 80 Seiten, gespickt mit Fachbegriffen und Berechnungen. Diese erschließen sich dem Normalbürger nur nach einem sorgfältigen Studium. Wir halten das für ein Ünding. Bei einer Bürgeranhörung hätte der Gutachter die Ergebnisse erläutern und den Bürgern Fragen beantworten können.

Auch das Radewegekonzept, der nächste feuchte „grüne“ Traum, geht leider nicht an Waghäusel vorbei. Bei der Vorstellung des Werks wurde ganz deutlich, dass der Verfasser ein glühender Anhänger des Radver-

kehrts und ein Autohasser ist. Abgesehen vom Unisinn, eine ohnehin zu enge Ortsdurchfahrt noch durch Piktogramme zu verengen, kommen so sinnbefreite wie gefährliche Ergüsse wie ein Radfernweg direkt durch das Gelände der Eremitage. Dieses Wahrzeichen von Waghäusel ist ein Naherholungsbereich. Dort halten sich ältere Menschen, Familien mit Kindern und Kinderwägen auf. Wer die rücksichtslose Fahrweise mancher Pedaljockeys kennt, weiß, dass damit Unfälle vorprogrammiert sind.

Außerdem ist der Untergrund wasserundurchlässig und mit Splitt bedeckt. Besonders auf einem Radschnellweg ist ein solcher Beleg eine sehr hohe Gefährdung. Dieses Konzept ist in unseren Augen zumindest stark nachbesserungsbedürftig.

Ein wichtiger Punkt unserer Arbeit ist es, den Haushalt der Stadt Waghäusel so zu konsolidieren, dass die Verwaltung weiterhin ihrer Aufgabe nachkommen kann und nicht unter die Aufsicht des Regierungspräsidiums gestellt wird. Zwischenzeitlich geht das vielen Gemeinden so. Das bedeutet schmerzliche Sparmaßnahmen. Und genau das haben wir den Bürgern Waghäusels in unserer Haushaltsrede dargelegt.

Denn auch das gehört zum Mut zur Wahrheit.

**Ruth Rickersfeld  
Gerd Gleixner**

Ruth Rickersfeld ist Beisitzerin, Gerd Gleixner Sprecher des KV Waghäusel-Philippsburg. Sie vertreten die AfD im Gemeinderat Waghäusel



## Aus dem Landtag

### Vielversprechende Neuaufstellung

STUTTGART

Sehr positiv ist die Entwicklung der Alternative für Deutschland im Landtag von Baden-Württemberg. Unsere neue, stark verjüngte Fraktion hat ihre Arbeit aufgenommen; wir haben unsere Zuständigkeiten nach den Kompetenzschwerpunkten der Abgeordneten ausgerichtet und können damit auf den veränderten Zuschnitt der Ausschüsse reagieren.

Es wurde ein neues, 11. (!) Ministerium für Landesentwicklung und Wohnung geschaffen. Diese Entscheidung der Regierung wird von uns massiv kritisiert und auch entsprechend im Landtag gewürdigt werden. Die Kostensteigerungen sind immens und müssen von den Bürgern – bei sinkenden Einnahmen – beglichen werden.

Zum Mitglied des Fraktionsvorstandes gewählt, bin ich im Parlament für Bildung und Wissenschaft zuständig.

Es ist also viel zu tun, was wir gemeinsam anpacken. Diese neue Fraktion hat aus den Fehlern der alten gelernt.

**Rainer Balzer**

Dr. Rainer Balzer ist Landtagsabgeordneter und Sprecher des KV Karlsruhe Land



In den Mietspiegel für Bretten sollten auch die Mieten in Pfinztal, Gondelsheim und Kraichtal einfließen

## Mietspiegel für Bretten abgelehnt

Der vorgelegte Entwurf hat gravierende Mängel und wurde im Gemeinderat gekippt

### BRETTEN

Der Gemeinderat hat in der Sitzung am Dienstagabend die Anerkennung des qualifizierten Mietspiegels 2021 mit großer Mehrheit (zehn Ja-, fünf Neinstimmen, fünf Enthaltungen) abgelehnt und folgte damit der Empfehlung der beteiligten Vertreter von Haus & Grund. Der von der Firma ALP vorgelegte Entwurf eines Mietspiegels wurde von allen Seiten stark kritisiert.

ALP hatte in einer nicht repräsentativen Umfrage eine Durchschnittskaltmiete von 7,12 Euro pro Quadratmeter errechnet. Je nach Bauklasse, Ausstattung der Wohnung und Ortsteilzugehörigkeit gibt es prozentuale Zuschläge oder Abschläge. Dabei wurden die energetische Modernisierung einer Wohnung, das Vorhandensein eines Aufzuges, Barrierefreiheit, Garage, Garten, Balkon, Terrasse oder die Stadtbahnnähe in ihrer Bewertung nicht berücksichtigt. Auch ob die Wohnung im Zentrum oder am Stadtrand liegt, fand keine Berücksichtigung. Die von der Stadt bisher verwendete seriöse Schätzung ermittelte eine Durchschnittskaltmiete von 9,81€ pro Quadratmeter.

Aus Kostengründen sollte der Mietspiegel zusammen mit den Gemeinden Pfinztal, Gondelsheim,

Kraichtal und Bretten erstellt werden. Doch diese unterscheiden sich deutlich in Lage, Infrastruktur und Einwohnerzahl.

Zudem hatte ALP in ihre Berechnung zu viele Wohnungen einbezogen, die von der Stadt kostengünstig angeboten werden oder deren Miete nicht mehr der ortsüblichen Vergleichsmiete entsprechen, da diese seit mehr als fünf Jahren nicht mehr erhöht wurden. Haus & Grund bezeichnete das Mietspiegelergebnis daher zurecht als

**Wir lehnen solche Eingriffe in die freie Marktwirtschaft ab**

schlichtweg weltfremd.

Sofern der Mietspiegel zum Tragen gekommen wäre, hätte dies für die Stadt Bretten erhebliche rechtliche Folgen nach sich gezogen. Dann hätte auch die sogenannte Mietpreisbremse für die Gemeinden Anwendung gefunden.

Bei einem zu niedrigen Mietspiegel wäre damit zu rechnen gewesen, dass viele Vermieter wegen zu hoher Mieten verklagt würden. Ebenso würden Investoren von Wohnungsbauprojekten aufgrund der fehlenden Rentabilität durch die geringeren Mieteinnahmen abspringen und sich lukrative Projekte suchen. Auch der soziale Wohnungsbau würde sich für die Stadt nicht mehr lohnen, da dann die Zuschüsse vom Land deutlich geringer ausfielen.

Wir von der AfD lehnen solche Eingriffe in die freie Marktwirtschaft ab. Zudem ist Mietspiegel nicht geeignet, um die Mietsituation abzubilden, sofern ÖPNV-Anbindung oder Barrierefreiheit nicht berücksichtigt werden.

Daher freut es uns, dass dieser Antrag im Gemeinderat mit einer Zweidrittel-Mehrheit gekippt wurde. Wie jeder weiß, reguliert sich in einer freien Marktwirtschaft das System selbst, denn die Preisbildung kommt durch das Zusammenwirken von Angebot und Nachfrage zustande.

**René Rotzinger**

René Rotzinger (47, Master of Science in Digital Media) ist selbständiger Grafiker und Webdesigner und seit 2017 IT-Beauftragter im Kreisverband Karlsruhe-Land. Er ist stellv. Sprecher des OV Bretten, Gründer der „Admins Nordbaden“ und Mitglied im Wahlvorstand der 1. Urwahl der Landesliste





„Photovoltaik auf allen Dächern“ soll das Weltklima retten – doch wo kommt der Strom her, wenn die Sonne nicht scheint?

## Kreistag: „Klimapolitik“ gegen jede Vernunft

Viele Maßnahmen für den „Klimaschutz“ sind technischer Unsinn

BAD SCHÖNBORN/BRUCHSAL

**Z**eozweifrei“ – so lautet der plakativ klingende Titel der Klimaschutz-Strategie im Landkreis Karlsruhe. Mit diesem angesagten Strategiepapier befasste sich der Kreistag am 6. Mai.

Die Bearbeitung dieser Vorlage des Schreckens wird uns ein starkes Engagement abverlangen. Die Verfasser geben im Auftrag des Landratsamtes das Pariser Klimaabkommen als gesetzlichen Rahmen (!) vor. Warum?

Hier wird das Ziel des Anstiegs von 1,5 ° C gegenüber dem vorindustriellen (!) Niveau benannt sowie die Ziele des „Green Deal“. Angeblich können und müssen wir bis 2030 42 Prozent des „Treibhausgases“ CO<sub>2</sub> einsparen – „sonst geht die Welt unter!“ Die „Rettung“ erfolgt durch die Erhöhung der Besteuerung des CO<sub>2</sub>, das bei allen technischen Prozessen anfällt, von derzeit 25 Euro auf 55 Euro pro Tonne in den kommenden vier Jahren. Es fehlen allerdings mindestens die An-

teile, die bei der Atmung von Mensch und Tier emittiert werden.

Die Umsetzung dieser „Klimaschutz-Strategie“ hat der Kreistag 2014 beschlossen und geht von der völlig unrealistischen Halbierung des Energiebedarfs durch Energieeinsparungen aus. In meiner Rede habe ich auf den soliden Beitrag des Prof. Dr. Wacker (FDP) Bezug genommen.

Das Wettergeschehen auf der Erde hat sich schon immer verändert und natürlich wirkt sich die Besiedlung durch Menschen aus. In China wird die Atomkraft sinnvollerweise massiv ausgebaut und die CO<sub>2</sub>-Emissionen trotzdem weiter steigen. Dass wir unser Leben radikal verändern sollen, dabei verarmen und deindustrialisiert werden, wird das Ergebnis dieser Politik sein. Schon die Annahmen, dass man „Klimaneutralität“ bei dramatisch steigender Bevölkerung – auch in Deutschland – und wachsendem Wohlstand für alle Menschen der Erde erreichen kann, ist reine Fiktion.

Prosaische Forderungen wie „Photovoltaik auf alle Dächer“ in Kombination mit Tiefen-Geothermie und Windkraft sind technischer Unsinn. Selbstredend wurde die Frage nach der Energieversorgung bei Dunkelheit und bei Windstille nicht geklärt. Auch die hohle Phrase, „die Möglichkeiten zur Speicherung (elektrische Energie) müssen umgesetzt werden“, entbehrt jeder physikalischen Grundlage. Der Umbau der schulischen Bildung „weg von den Natur-

wissenschaften, hin zu den „Gesellschaftswissenschaften“ wie von Frau Ministerin Bauer in der letzten Legislatur gefordert ist offensichtlich erfolgreich gewesen!

Die in diesem Zusammenhang in meiner Rede aufgeworfenen Fragen wurden vom Plenum des Kreistages immerhin zur Kenntnis genommen.

Leider musste ich dem Kreistag mitteilen, dass sich unsere Fraktion aus ehemals fünf Kreisräten in zwei Gruppen zerlegt hat.

Trotz dieser Umstände werden sich Ihre Kreisräte Andreas Laitenberger und Rainer Balzer weiterhin bemühen, den Anforderungen nach bestem Wissen und bei vollem Einsatz gerecht zu werden.

**Rainer Balzer**

Dr. Rainer Balzer ist Landtags- und Kreistagsabgeordneter und Sprecher des KV KA-L



Dr. Rainer Balzer MdL  
76669 Bad Schönborn  
Landtag: Konrad-Adenauer-Str. 3  
70130 Stuttgart  
0711 2063-5612  
rainer.balzer@afd-bw.de

